

Die Konsequenzen des Sozialismus in England

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **29 (1949-1950)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE KONSEQUENZEN DES SOZIALISMUS IN ENGLAND

VON * * *

Warum Labour an die Macht kam

Der Wahlausgang von 1945 in England, der Labour an die Macht brachte, wurde zunächst nicht als besonders aufregend empfunden. Es waren ja früher schon sozialistische Regierungen am Ruder gewesen (während einiger Monate im Jahre 1924 und wiederum von 1929 bis 1931), ohne daß Revolutionäres geschehen wäre. So schien es, daß auch im Jahre 1945 ein Regierungswechsel der üblichen Art stattgefunden habe, ausgezeichnet lediglich durch gewisse sozialpolitische Momente. Die Streitkräfte und unter ihnen nicht nur die Gemeinen, sondern auch Generäle, sodann die *working classes* und ein Teil des Mittelstandes hatten für Labour gestimmt, wohl um damit ihre Ansprüche auf die zivilen Früchte des Sieges (deren Vorhandensein man gefühlsmäßig ohne weiteres annahm) in etwas bestimmterer Form anzumelden als das ihrer Meinung nach durch eine Stimmabgabe für die Konservativen oder die Liberalen möglich gewesen wäre. Die damaligen Wahlen bedeuteten vielleicht auch den Ausdruck des Wunsches des Mannes auf der Straße nach etwas weniger Empire- und Großstaatspolitik und mehr Sicherheit zu Hause, mehr Innen- und weniger Außenpolitik. Man hatte genug von den Reden der politischen Führer der Kriegszeit und sehnte sich nach einem ruhigen Alltag und all' den Kleinigkeiten, die das Leben der englischen Bevölkerung so liebenswert und (oberflächlich gesehen) so unheroisch machen; der Sinn der breiten Massen war ja nie besonders nach der weiten Welt gestanden. Der Wahlausgang entsprach nicht zuletzt einem Gefühl von Fairness der «ewigen» Oppositionspartei gegenüber: *It was time the other chaps had a chance.*

Tiefere Motive waren somit bei jenem politischen Umschwung kaum im Spiele, schon gar nicht irgend eine Vorliebe des englischen Arbeiters für Marxismus oder sonstige politische Ideologien. Die englische Geistigkeit ist durchaus nicht primär auf das Politische gerichtet. Es erwies sich indes rasch, daß sich alle jene getäuscht hatten, die erwarteten, lediglich einer etwas pointierter sozialpolitisch interessierten Partei zur Macht verholfen zu haben. Die innenpolitische Auseinandersetzung wurde schnell zu einem Kampf, der an die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft rührte. Mit

der einzigen Ausnahme der Monarchie wurde von den Labourleuten in Theorie und Praxis nach und nach alles in Frage gezogen, die Stellung des Oberhauses und das allbeherrschende Prinzip der *Rule of law* ebensogut wie der gesellschaftliche Aufbau des Landes und die Rechte des Privateigentums. Es zeigte sich, daß zwar die Anhänger Labours nicht Sozialisten sind, daß sie aber Leuten folgen, die das umsomehr sind; die geistigen Führer der Partei glauben an die Notwendigkeit der Zerstörung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Für die große Zahl der Mitläufer ist diese Theorie ohne Bedeutung. Sie goutieren den Namen Labour und wollen irgendwie mehr soziale Gerechtigkeit und mehr soziale Reformen. Diesem Wunsche hätte eine bürgerliche Regierung ohne allen Zweifel ebenfalls entsprechen können. Das Koalitionskabinett der Kriegszeit hatte das Gesetz über die Familienzulagen beschlossen und eine erste Vorlage für einen maßvollen Gesundheitsdienst eingebracht. Sie hätte mit mehr Sachkenntnis und weniger Doktrinarismus die unmittelbaren Nachkriegsprobleme angepackt und als ihre Hauptaufgabe die Erhaltung der Kaufkraft des Pfundes betrachtet, ein Geschäft, das für Labour ganz und gar nicht erste Dringlichkeit besaß.

Die Ausgangslage

Daß England wie zu den Zeiten Cromwells eine fanatische Gruppe an seine Spitze bekam und Jahre einer ausgesprochen doktrinären sozialistischen Innen- und z. T. auch Außenpolitik erlebte, war um so erstaunlicher, als eine solche Haltung dem englischen Wesen an sich fremd ist. Man nennt als eine der Stärken der englischen Art pragmatischen Sinn und die Fähigkeit zum Kompromiß in der guten Bedeutung des Wortes. Die Labourleute ließen nichts davon verspüren, sondern folgten ihrem Parteiprogramm unbeirrbar und stur und ließen sich in keiner Weise durch die Probleme der Nachkriegszeit ablenken oder beeindrucken. Und doch gab es in dieser Zeit einiges sehr Lebenswichtiges zu tun! Die wirtschaftliche Lage Englands ist gegenüber der Vorkriegszeit in ihr völliges Gegenteil verkehrt. Großbritannien ist eine Schuldernation geworden. Überseeische Investitionen sind zum großen Teil verloren gegangen oder verkauft worden, die Importe (England bezieht $\frac{2}{3}$ seiner Nahrungsmittel und viele Rohstoffe aus Übersee) im Preise gestiegen. Die Verdienste aus Bankgeschäften, Schiffahrt und Versicherung, die vor dem Kriege $\frac{1}{3}$ der Importe bezahlt hatten, sind gesunken (u. a. weil ein Viertel der Handelsflotte zerstört war). Die Pfundwährung besitzt zwar noch Weltgeltung, sie ist aber nicht mehr frei konvertierbar. Aus tausend Gründen hat sich das Schwergewicht des Handelsver-

kehr zu Ungunsten Englands verlagert. Die Reserven des Landes sind im Kriege aufgebraucht worden. Für die mit Dollars zu bezahlenden Rohmaterialien aus Amerika und Canada, die für die Beschäftigung der englischen Industrie unerlässlich sind, fehlt es an Devisen. Kurz und gut: der Krieg hatte England schwer getroffen, und es mußte versuchen, zunächst und vor allem diese wirtschaftlichen Folgen zu meistern. Die Marshallhilfe und weitere Kredite, z. T. der Dominions, erleichterten den Übergang, gewährten jedenfalls einen Zeitgewinn. Die Nachkriegskonjunktur mit ihrem Sellers' Market und der Ausfall Deutschlands und Japans als Konkurrenten verbesserten die Chancen Englands noch mehr.

Es steht heute fest, daß Labour die Stunde nicht genutzt hat. Wohl sind gewisse Erfolge erzielt worden. Die Produktion ist gegenüber vor dem Kriege größer, sie ist aber nicht groß genug. Eine gewisse Verlagerung der Importe von den Dollar- nach Ländern mit anderer Währung ist erreicht worden. Das Dollardefizit ist aber noch lange nicht gedeckt; von jedem £ importierten Dollarwaren sind 12 s nicht bezahlt; England wird, tritt hier keine Änderung ein, im Jahre 1952 nicht in der Lage sein, ohne fremde Hilfe zu leben. Irgendwie muß das Problem gelöst werden, soll das Vereinigte Königreich seine Selbständigkeit nicht verlieren. Die Frage ist von nationaler Bedeutung. Ihre Lösung verlangt größte eigene Anstrengungen. Die Produktion muß erhöht, die Produktivität verbessert werden, sonst wird der Standard absinken und Arbeitslosigkeit eintreten, es sei denn, man überlasse das Feld ausländischem, vor allem amerikanischem Kapital.

Wohlfahrtsstaat und Rationierung

Diese wirtschaftlichen Fragen waren naturgemäß weniger interessant als die Verwirklichung des sozialistischen Wohlfahrtsstaates, den Labour propagiert. So entstand das groteske Bild, daß einerseits die Rationierung fortgeführt, sogar verschärft wurde (vom Juli 1946 bis Juli 1948 waren das Brot, vom November 1947 bis Mai 1948 die Kartoffeln rationiert, was vorher nie der Fall gewesen war), die Währungsreserven abnahmen, sogar unter die Sicherheitsmarge fielen, daß die Lebenskosten stiegen, die Inflation um sich griff, während auf der andern Seite das Land sich mit Nationalisierungen beschäftigte und kostspielige, ja luxuriöse Sozialeinrichtungen einführte, wie den unentgeltlichen Gesundheitsdienst, dafür allerdings exorbitante Steuern bezahlte, die wiederum lähmend auf Handel und Industrie wirkten. Riesige Staatsausgaben übersteigerten den Zustand der Vollbeschäftigung, gaben der Inflation weiteren Auftrieb und

wirkten sich ungünstig auf die Arbeitsmoral aus. Das Budget für 1949/50 rechnet mit einem Aufwand von 3,311 Mill. £, d. h. dreimal mehr als vor dem Krieg, gleichzeitig werden viermal mehr Steuern erhoben. Ein Drittel der gesamten Ausgaben des Landes wird für die Sozialdienste verwendet; zählt man die Verbilligungsbeiträge hinzu, so macht es rund die Hälfte aus. Der Staat beansprucht 50% des Volkseinkommens. Die Kaufkraft des £ ist seit 1945 um 3 s 5 d gesunken; verglichen mit 1938 ist es nur noch 10 s 11 d wert. Die Auswirkungen auf die Spartätigkeit, die Einkünfte aus den Sozialleistungen, Pensionen usw. liegen auf der Hand. War England früher eine Nation der «shopkeeper», so heute eher ein Volk von Steuerzahlern; von jedem £ Einkommen gehen 8 s als Steuern an den Staat. Leitend ist die Idee der staatlichen Einkommensverteilung — *re-distribution of incomes*, wie die Labourdoktrin das nennt — mittels Steuererhebung, Lebensmittelzuschüssen und Sozialleistungen. Im besten Fall wird die englische Lebenshaltung auf einem Existenzminimum stabilisiert, das Volk gleichsam auf eine staatliche Lebensnorm gebracht, die möglichst niemand überschreiten soll. In England erlebt die Idee absoluter Gleichheit heute eine späte Renaissance. Dabei ist zugegebenermaßen bei dieser Haltung besonders der Arbeiterschaft eine typisch englische Loyalität der eigenen Klasse gegenüber mitbeteiligt.

Die Ergebnisse dieser Politik sind so schlecht wie nur möglich, und es ist wohl denkbar, daß der wirtschaftliche Faktor, der einfach vergessen wurde, den sozialen innert kurzem aus dem Felde schlagen wird. Die Pfundabwertung, die besser als viele Statistiken und Belehrungen die ernste Lage enthüllte, könnte leicht dem Regime, das für den Mißerfolg verantwortlich ist, das Genick brechen. Es wurde klar, daß man mit der Sozialpolitik auf einem Geleise gefahren war, daß das dazugehörige andere — die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit — aber anderswohin führte oder einfach nicht mitgebaut worden war.

Der Verantwortlichkeit kann sich Labour kaum entziehen. Niemand macht zwar dem Regime für sämtliche wirtschaftlichen Schwierigkeiten seit 1945 den Prozeß. Vieles war schlechthin natürlich und eine Folge des Krieges. Einstimmig aber ist man im Urteil, daß Labour sich als wenig fähig erwiesen hat, die wirtschaftliche Lage zu meistern, daß die Partei ihr Hauptinteresse Fragen widmete, die allenfalls in späteren Jahren hätten diskutiert werden können. Es mag verständlich sein, daß die Labourpartei handelte und ihr Programm zu verwirklichen versuchte, solange sie an der Macht war; bis zu einem gewissen Grunde konnte sie sich auf ihr Mandat berufen. Es war aber unter keinen Umständen statthaft, das Parteiprogramm vor das Gesamtinteresse zu stellen. Das hat man jedoch

zweifellos getan. Es kann auch nicht geltend gemacht werden, daß die Verhältnisse eine solche soziale Roßkur nötig machten. Die Lage des Volkes ist heute im gesamten schlechter als vor dem Kriege; lediglich die unteren Lohnkategorien haben etwas profitiert, doch sind heute auch ihre Vorteile von der Entwertung bedroht. Die Vollbeschäftigung ist vollends nicht ein Verdienst der Labourleute. Ohne die Marshallhilfe hätte England, wie Cripps selbst zugibt, über 1 Mill. Arbeitslose, d. h. mindestens gleichviel wie vor dem Kriege.

So hat sich das Regime der englischen Sozialisten doch als eine revolutionäre Epoche erwiesen, und es ist keine Frage, daß fünf weitere Jahre sozialistischer Führung das England, das wir Kontinentalen vor Augen haben und lieben, töten würden. Es besteht schon jetzt kaum mehr und die Redensart «Pas en Angleterre» hat vieles von ihrer Berechtigung verloren.

Weil man in beiden Lagern weiß, worum es geht, ist die Auseinandersetzung scharf geworden und persönlich wie in Vorkriegszeiten kaum je. Man schont sich gegenseitig nicht. Während der Abwertungsdebatte hat ein Sprecher der Opposition dem Hause und dem Lande die gesamte Ministerbank als weiteren Exportartikel, der von der Abwertung profitieren sollte, empfohlen! Ja, man spricht Bürgerkriegsdrohungen aus. Wir erinnern an die Äußerungen des Gesundheitsministers Bevan am sozialistischen Parteitag vom vergangenen Juni in Blackpool; er weigerte sich, eine allfällige Niederlage seiner Partei im Wahlkampf als verbindlich anzuerkennen. In der Tat: *It is no more a game, it is a fight*. Ein parlamentarisches Spiel war es früher, als sich liberale und konservative Regierungen ablösten. 1945 hat auch mit dieser Tradition gebrochen.

Labour ist Sozialismus

Man glaubt auf dem Kontinent immer noch, Labour sei etwas anderes als Sozialismus und sei nicht mit den kontinentalen marxistischen Parteien und Bewegungen zusammenzuwerfen. Die Beobachtung lehrt, daß dies völlig falsch ist. Die englische Labourpartei vertritt eine ebenso verfehlte, für die Geltung humanitärer, naturrechtlicher und nationaler Grundsätze gefährliche Lehre wie irgendeine sozialistische Partei irgendeines kontinentalen Landes. Speaker's Handbook 1948—49, eine Labourpublikation, stellt auf S. 88 fest: «*The Labour Party is a Socialist Party*». Das ist durchaus wörtlich zu nehmen. Als Endsieg nennt sie das *Socialist Commonwealth of Great Britain*. Die geistigen Ursprünge der Partei gehen auf die Fabiergesellschaft zurück, die weithin einer westlichen Form des Materialismus huldigt. Die Partei selber steht heute noch deutlicher

auf dem Boden des Marxismus. Es sind nicht die Verstaatlichungen allein, die davon zeugen, es ist ihre politische Linie insgesamt, die das beweist, nicht zuletzt auch, darf man wohl sagen, die außer-englische Herkunft einiger ihrer Repräsentanten. Es wird vieles als unbritisch empfunden an dieser Partei.

Die Verstaatlichungen sind allerdings an sich schon ein starkes Stück. Weiß man überall auf dem Kontinent, wieviele Wirtschaftszweige schon nationalisiert sind? Die Eisen- und Stahlverstaatlichung ist die letzte, die beschlossen wurde (aber erst nach den Wahlen in Kraft gesetzt wird). Voraus ging die Verstaatlichung der Gaswerke, der Elektrizitätsversorgung, des Verkehrswesens (Eisenbahnen, Passagier- und Frachtverkehr auf den Straßen sowie Dock-, Hafen- und Kanalanlagen), des Kohlenbergbaues, die Verstaatlichung der Bank von England, des zivilen Luftverkehrs, des überseeischen Nachrichtensystems, sowie des Baumwollmarktes, letztere verbunden mit der Schließung der Baumwollbörse. Es ist bekannt, daß alle diese Wirtschaftszweige jetzt schlecht arbeiten. Im ersten Jahre der Verstaatlichung (1947) verlor beispielsweise die Kohlenindustrie 23 Mill. £; der Kohlenpreis für den Inlandverbraucher wurde insgesamt um 6 s 6 d erhöht, für den Export um 25 s per Tonne, so daß im Jahre 1948 ein Gewinn von 1½ Mill. resultierte; die Produktion erreicht aber heute noch nicht das Vorkriegsniveau. Auch die Tarife für Elektrizität und Gas wurden erhöht, ebenso die der Eisenbahnen. Die zivile Luftfahrt wies in den letzten vier Jahren Verluste von total rund 40 Mill. aus usw. usw. Alle diese Industrien werden jetzt von Behörden geleitet (z. B. Coal Board) und in der bekannten Weise mit politischen Persönlichkeiten besetzt, die meistens keine oder wenig Fachkenntnisse, dafür aber um so bessere Parteizeugnisse besitzen. Von der Verstaatlichung des Versicherungswesens, der Zementindustrie, der Zuckerrwirtschaft und des Lebensmittelgroßhandels ist im Parteiprogramm «Labour believes in Britain» die Rede, das im Frühjahr 1949 bekannt wurde. Die Fabiergesellschaft hat die Automobilindustrie, die Schiffsbauwerften, die Fettwirtschaft, den Kohlenhandel u. a. m. auf die Liste gesetzt. Ja, sogar die Wirtschaften und Hotels sollen Staats-eigentum werden; das ist in den neu zu errichtenden Städten (Landesplanung ist eine andere sozialistische Leidenschaft) so vorgesehen. Die Verstaatlichung rückt auch das Parlament in ein neues Licht. Es ist reinweg außerstande, alle die wirtschaftlichen Staatsbetriebe und Staatsunternehmen zu kontrollieren, schon aus zeitlichen Gründen nicht, aber auch weil es ihm an Fachkenntnissen fehlt. So sind die Gewerkschaftsbosse und die neuen Manager die wahren Herren. Die Erscheinung ist typisch: die Verstaatlichungen führen zu einer Agglomeration von Macht in den Händen Unbefugter. In der Perspektive

des gewöhnlichen Volkes aber sieht das so aus: eine Frau, die für Fische ansteht, sagt zu einer Leidensgenossin, die zu spät in die «Schlange» kommt und nichts mehr erhält: *Never mind, dearie, you own the Bank of England!* Die über jedes legitime Interesse hinausgehenden Nationalisierungen können nicht als Hobby einer Partei abgetan werden. Sie sind eindeutig doktrinär bedingt. Bei der Eisen- und Stahlverstaatlichung ist das besonders auffällig.

Mit der staatlichen Wirtschafts«demokratie» ist auch die Bureaukratie ins Kraut geschossen. In England gibt es heute mehr Staatsbeamte (ca. 2,5 Mill.) als landwirtschaftliche Arbeitnehmer (ca. 1 Mill.). Labour hat seit 1945 etwa 8500 Erlasse (Rules oder Orders) produziert, die meisten ohne parlamentarische Mithilfe. Die neuen Kontrollen sollen noch höhere Zahlen erreichen. Das ungeschriebene Recht (Common Law) wird neben der Masse des Statute Law unwichtig. Von 330 000 neuen Telephonanschlüssen im Jahre 1948 waren 124 000 für die Regierung bestimmt. Für Regierungspropaganda wurden im gleichen Jahr 15 Mill. £ ausgegeben. Auf vier Seeleute in der Royal Navy kommt ein Zivilangestellter der Regierung. Die Bureaukratie beschäftigt sich wie überall auf der Welt besonders ausführlich mit dem Entwerfen und Einsammeln von Formularen. Was im Vereinigten Königreich an solchen Dingen ausgefüllt wird, ist grotesk.

Eine andere Front, wo Labour den Krieg gegen Old England führt, sind die Sozialdienste, die große staatliche Alters- und Hinterlassenenversicherung und der Nationale Gesundheitsdienst. Die verstaatlichte Arzneikunst (mit der 3000 Spitäler vom Staat übernommen wurden), das Anstehen für die unentgeltliche Behandlung, die Mißbräuche, die Fremde und Einheimische damit treiben, gehören zum Befremdlichsten, was man im heutigen England erleben kann. Wie alle übrigen Maßnahmen ist auch der Gesundheitsdienst überstürzt eingeführt worden; es fehlt an genügend Ärzten, an Pflegepersonal und an Krankenbetten. So behelfen sich die Jünger Aeskulaps etwa mit dem Rezept: *We give them a bottle of medicine and hope for the best!*

Auffällig sind auch die staatlichen Rohmaterialeinkäufe. In England ist noch heute der Staat der einzige Importeur von Nahrungsmitteln. An Verlusten fehlt es nicht. Gegenstand der Kritik ist ferner ein fragwürdiges Regierungsunternehmen für den Anbau von Erdnüssen in Ostafrika. Erwähnen wir schließlich den Wohnungsbau, der so geordnet ist, daß nur jedes fünfte Haus privat, die übrigen vier aber kommunal gebaut werden müssen (eine Ordnung, die offensichtlich die Überführung des Landes in öffentliches Eigentum vorbereitet) und die Landes- und Ortsplanung, welche die Errichtung großer Städte vorsieht, selbstverständlich mit entsprechenden Ein-

griffen in die Niederlassungs- und Arbeitsfreiheit. Aus der gleichen Mentalität heraus soll das Leben eines jeden Bürgers staatlich geleitet und betreut werden; der nationale Gesundheitsdienst soll nicht nur die Kranken heilen, er soll die ganze Nation mit mildem Zwang zu einem gesunden Volke machen. Ja, Labour organisiert auch das Vergnügen, und im zitierten Handbuch berichtet ein ganzes Kapitel über die staatlichen Erholungsdienste (*Leisure services*). «Kraft durch Freude» sieht sich überholt.

Das alles findet seinen Niederschlag in den Budgetzahlen, die ihrerseits Ausdruck der Machtfülle der Regierenden sind. Auch das ist bezeichnend: die Bevormundung des Volkes durch die anonyme Größe Staat und dessen politische Operateure.

Die Konsequenzen des Sozialismus liegen so auf der Hand. Sie reichen von der wirtschaftlichen Verschwendung bis zum Verlust der individuellen Freiheit. Es ist gar keine Frage, daß das kollektivistische Zukunftsbild, das Orwell in seinem Roman «Nineteen eighty-four» von England entwirft, Wirklichkeit werden könnte, wenn der Prozeß fortschreitet. Er ist jetzt schon viel weiter gediehen, als man das außerhalb Englands für möglich halten würde. Es bestätigt sich einmal mehr, daß die wirtschaftliche Teilplanung zwangsläufig zur Totalplanung führt.

Das Übergewicht des Parlamentes

Das englische parlamentarische System, das der Regierungsmehrheit alle Macht zuweist und ihr ein unbehindertes Vorwärtsschreiten gestattet, enthält keine institutionellen Sicherungen gegen so gefährliche Entwicklungen, wie das Land sie heute durchmacht. Das Unterhaus stimmt in seiner Mehrheit für die Regierung; das Oberhaus vermag allenfalls retardierend zu wirken — deshalb soll es ja in seinen Funktionen beschnitten werden. Im gesamten kann die Opposition nur kritisieren, der Regierung aber nicht in die Arme fallen. Noch viel weniger kann es das Volk. Da lobt man sich Referendum und Initiative und freut sich doppelt, daß zu Hause die Mitbürger nicht daran denken, ihre Demokratie an die Beamten auszuliefern. Es mag sein, daß das Parlament und die Regierung heute nicht mehr repräsentativ sind, und es ist sehr wahrscheinlich, daß einige der Verstaatlichungsvorlagen in der Volksabstimmung verworfen worden wären. Ob Labour aber tatsächlich sein Mandat überspannt hat, werden erst die nächsten Wahlen zeigen. Die By-elections seit 1945 und besonders die Lokalwahlen des vergangenen Frühlings haben das ursprüngliche Bild bereits wesentlich korrigiert. Die stimmungsmäßige Lage ist aber doch noch nicht so kritisch, daß die

Auflösung des Parlamentes unvermeidlich geworden wäre. Daß die lokalen Gewalten unter einem Regime wildesten Zentralismus besonders leiden und reagierten, war verständlich, ob das auch bei den Gesamtwahlen so sein wird, bleibt abzuwarten. Man beurteilte die Chancen vor der Abwertung 50:50, seither günstiger für die Konservativen. Letztlich kommt es darauf an, ob in England in breiten Schichten tatsächlich der Wille besteht, um den Preis aller sonstigen Werte den sozialistischen Wohlfahrtsstaat zu verwirklichen. Daß die Führerschaft der Labourpartei von diesem Willen beseelt ist, steht außer Frage. Ebenso daß Millionen der arbeitenden Bevölkerung mitmachen. Das Leben in einem Zustand ewiger Rationierung gefällt ihnen nicht halb so schlecht. Das Sichzufriedengeben mit dem, was ein wenig eigene Arbeit und die staatlichen Zuschüsse einem eintragen, ist weit verbreitet. Viele leben in einer gefährlichen Mentalität der Anspruchslosigkeit. Das Hauptinteresse gilt dem Sport, nicht der Arbeit und auch nicht der Politik. Es liegt anderseits auf der Hand, daß so viel Anspruchslosigkeit Quelle besonderer Härte und Ausdauer sein kann, wie der vergangene Krieg und die englische Geschichte insgesamt lehren.

So besteht alles in allem vielleicht doch kein Anlaß, sich um England zu sorgen. Dieses Land hat, wie die saloppe Redensart geht, den Bus noch nie verpaßt. Sein *common sense* wird, so möchten wir glauben, die politischen Experimentatoren zur rechten Zeit entlassen.

*Keiner, dem die Macht weder Partei- noch Selbstzweck
ist, kann heute länger auf die Karte der Verstaatlichung
oder Kollektivierung setzen.*

Vital Gawronski